

teilte der Baron seiner Klientel denn auch schon mit, „daß bei Beteiligung an der Entwicklung von Erfindungen eine nachträgliche Heranziehung zur vollen Steuerzahlung auch dann entfällt, wenn die Entwicklungen erfolglos verlaufen.“

SCHULEN

Alles vernebelt

Als schärfster Gegner der hessischen Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht hat sich der von CDU-Funktionären betriebene „Hessische Elternverein“ profiliert.

Mal vor 500 Zuhörern in Groß-Gerau, mal vor 1000 in Gelnhausen, mal in einer Darmstädter Aula, mal in einem Dieburger Wirtshaus treten ältere Hornbrillen-Herren im blauen Blazer oder dezenten Graugestreiften vors Mikrofon und deklamieren:

„Wenn ihr uns das LSD wegnehmt, rauchen wir Haschisch, wenn ihr das Haschisch verbrennt, rauchen wir Marihuana.“ Oder: „Der Stein, den wir in die amerikanische Botschaft werfen, ist soviel wert wie eine Flugzeugrakete in Vietnam.“

Und in Frankfurt oder Friedberg, Bad Soden oder Bad Nauheim rezitieren Damen der feinen örtlichen Gesellschaft mutig:

„Von den blauen Bergen kommen wir, sind vom Fick-Club 1804, und wir spritzen unseren Samen in den Unterleib der Damen“, oder: „Wir ziehn den Lehrer nackend aus und reißen ihm den Piepel raus.“

Dann heben die Vorleser jeweils anklagend ein schwarzes Quartett (Titel: „Ansprachen“) oder ein Taschenbuch („Schülerladen Rote Freiheit“) empor, während — ihnen ebenso willkommen wie Beifall — Zischlaute und Buhrufe, „Pfui!“ und „Sauerei!“ oft minutenlang



Hessischer Eltern-Funktionär Kisseler
Pfuirufe willkommen

die Säle füllen, als sollte ein Schreckgepenst weggepustet werden.

Denn die Texte, mit denen Erregung und Engagement geschürt werden, sind in den hessischen Rahmenrichtlinien für Deutsch und Gesellschaftslehre unter einer Auswahl von „Materialien“ — für die Lehrkräfte — aufgeführt. Oberstudienrat Hartmut Wolf, Haupt-Autor der neuen „Lerninhalte“: „Die Texte sind doch nicht die Auffassung des Lehrers. Wenn das mißverstanden wird, dann dürfen auch keine Hitler-Reden mehr behandelt werden.“

Die Reim-Redner sind fast immer Mitglieder des „Hessischen Elternvereins e. V.“ (HEV), einer betuchten Bürgerinitiative mit Sitz in Bad Homburg. Seit Frühsommer letzten Jahres läuft der Verein gegen Gesamtschule und Förderstufe, gegen linke Lehrer und neue Lehrpläne Sturm — vor allem aber gegen die Rahmenrichtlinien.

Anfang Dezember gelang es ihnen, in Frankfurt ein „Hessenforum“ über die Rahmenrichtlinien, das als Professoren-Debatte gedacht war, zu sprengen. Als

verfrüht erwies sich der Lobspruch der Staatskanzlei, das Forum werde „die noch vielfach polemisch geführten Auseinandersetzungen beenden“. Statt dessen machten es Elternfunktionäre zum Tribunal für ihre Anklagen.

Gründer und Vorsitzender dieser „straff organisierten Interessenvertretung einer privilegierten Minderheit“ („Hessische Lehrerzeitung“) ist der Homburger Rechtsanwalt Dr. Marcel Kisseler, 46, hauptberuflich Leiter der „Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V.“ in Frankfurt, der seinen Freizeiteinsatz unter die Parole stellt: „Ich kann nicht fünf Kinder in die Welt setzen und mich dann nicht darum kümmern, was aus ihnen wird.“

Nach Kisselers Kalkül entsprechen die über tausend Elternpaare, die sich im HEV eingeschrieben haben und je 60 Mark Jahresbeitrag zahlen, nach Herkunft und Einkünften dem „Durchschnitt des Landes“ — Verwaltungsangestellte und Postbeamte, Chemie-Laboranten und Facharbeiter gehören laut Kisseler dazu.

Aber die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ wie auch die „Lehrerzeitung“ eruierten, daß sich zumindest in der Führungsgruppe vor allem „Vertreter einer akademischen Elite und des kleineren und mittleren Unternehmertums“ zusammengefunden haben — Ärzte und Anwälte, diplomierte Kaufleute und Ingenieure.

Unbestreitbar sind Interessenverbund und Personalunion zwischen HEV und CDU in Hessen. Kisseler selbst ist CDU-Stadtverordneter in Bad Homburg, seine drei Stellvertreterinnen sind CDU-Mitglieder (Kisseler: „Das ist nicht charakteristisch“).

Zu wichtigen und bekenntnisreudigen Bündnispartnern kann der HEV beispielsweise die sogenannte IG Adel und Banken in der Frankfurter CDU — Galionsfigur: Bankier Johann Philipp Freiherr von Bethmann — zählen, ebenso die CDU-Frauenvereinigung Fulda, deren Vize-Vorsitzende die Ehefrau des hessischen CDU-Führers Alfred Dregger ist.

Und die „Zweigstelle Wiesbaden“ des HEV — eine von 18 in Süd- und Nordhessen — ist identisch mit der Kanzlei des parteilosen Rechtsanwalts Alfred-Carl Gädertz, Syndikus der Weinbrennerei Asbach und Co. in Rüdesheim und Teilnehmer jenes „Kronberger Gesprächs“ im Januar 1972, bei dem Repräsentanten der Markenartikel-Industrie über Wahlmillionen und Anzeigenkampagnen für die CDU und gegen die SPD berieten.

Um „den weniger ausgebildeten Eltern die Problematik klarzumachen“, bedienen sich HEV-Parteigänger einer „systematischen Zermürbungstaktik“



Hessisches Rahmenrichtlinien-Forum*: Lobsprüche verfrüht

* Mit Golo Mann, Hartmut von Hentig, Ludwig von Friedeburg (verdeckt), Eugen Kogon, Bernhard Vogel, Hellmut Becker und Jürgen Habermas.

(Wolf), die immer wieder vor allem junge Lehrer in Resignation und mitunter aus dem Schuldienst treibt: Sie müssen damit rechnen, daß Schüler Protokolle schreiben oder Tonbänder mitlaufen lassen, die dann Eltern bei Aufsichtsbehörden oder in Versammlungen präsentieren. Oder sie werden durch briefliche Eltern-Fragen nach Literaturquellen und didaktischer Methode verunsichert. Oft vermögen sie nicht mehr zwischen sachlichem Eltern-Interesse und gezielten HEV-Aktionen zu unterscheiden.

Und jedwede Veranstaltungen mit Schulthemen, ob von Parteien, Volkshochschulen, kirchlichen Bildungszentren oder vom HEV selbst veranstaltet, werden nach Wolfs Beobachtung und Identifizierung „etwa im Radius von 50 Kilometern immer von denselben Personen abgedeckt, die auf provokatorische Fragen immer wieder dieselben Antworten hören wollen und zu hören bekommen“.

Nach Wolfs Einschätzung kommen Gegner und Kritiker vorwiegend „aus Familien, wo ein gestörtes Verhältnis zwischen Eltern und Kindern besteht, wo die Kinder bessere Argumente haben und die Eltern Positionen und Privilegien gefährdet sehen“. Und „mindestens einer“, so Wolf nach vielen Dutzend Richtlinien-Hearings, „hat immer ein Buch dabei, aus dem er zitiert“.

Wichtigste und meistzitierte Waffe speziell gegen die „Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre“ ist ein Gutachten der beiden Professoren — und SPD-Mitglieder — Thomas Nipperdey (München) und Hermann Lübke (Zürich), das der HEV in Auftrag gegeben und kostenlos (Kisseler: „Unter Juristen hätte das zigtausend Mark gekostet“) bekommen hatte. Es gehört auch zu den Materialien, mit denen Kisseler eine Verfassungsbeschwerde begründete und eine einstweilige Anordnung gegen die Erprobung der Rahmenrichtlinien beantragte.

Lektüre-Bilanz der Gutachter: „Solche politpädagogischen Eingriffe in die Eltern-Beziehungen waren bisher nur von den Nationalsozialisten und den Kommunisten bekannt.“ Kisseler: „Die hessische Regierung läßt sich den Vorwurf faschistischer Methoden gefallen.“ Inzwischen hat das Gutachten seinen Gegenstand verloren, denn die Erstfassung der Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre ist durch eine Neuauflage ersetzt worden, die sich sogar nach Ansicht Lübkes „in erheblicher und auffälliger Weise“ von dem früheren Text abhebt.

Elternvereins-Chef Kisseler ist anderer Meinung und will sie sich von Lübkes Mit-Gutachter Nipperdey bestätigen lassen: „Die zitierte Literatur ist ja geblieben, der ‚Kinderladen‘ ist immer noch zweimal unter den Materialien, und das ist viel schlimmer als der demokratische Pudding dazwischen, mit dem jetzt alles vernebelt werden soll.“

AFFÄREN

Schläge im Hotel

Tausende von Bundesbürgern sind ein Opfer des raffinierten Verkaufssystems der amerikanischen Vertriebsfirma World Wide Products geworden.

Bei der Kölner Staatsanwaltschaft ging vor kurzem eine Betrugsanzeige gegen die Münchner Zentrale der Vertriebsfirma „World Wide Products“ (WWP) und deren amerikanischen Geschäftsführer Charles R. Allen ein. Absender war der Kölner Architekt Dieter Reischl, der elf Monate lang dem Top-Management des Unternehmens angehörte. Reischl: „Ich



WWP-Produkte: Hokuspokus für Verkäufer

konnte nicht länger mit ansehen, wie man Menschen fängt und finanziell ruinert.“

Bevor sich der ehemalige WWP-Angehörige im Range eines „Instructor General“ an die Justiz wandte, hatte er „aus Gewissensgründen fristlos gekündigt“. Um seinen ehemaligen Geschäftspartnern jedoch „für immer das Handwerk zu legen“, übergab er jetzt der Justiz umfangreiches Belastungsmaterial, darunter Tonbänder, Abrechnungen und vertrauliche Korrespondenzen.

Das seit Herbst vergangenen Jahres in Deutschland operierende Unternehmen ist eine Schwester-Gesellschaft der amerikanischen Holiday Magic Inc., die in der Bundesrepublik vor vier Jahren mit einem Tür-zu-Tür-Verkauf ihre Geschäfte aufnahm. Das Unternehmen bekam jedoch bald Ärger mit dem Bundeskartellamt und mußte umorganisie-

ren. Die Wettbewerbsschützer hatten damals die Preisbindung der Firma verboten, weil die Gesamthandlungsspanne 65 Prozent betrug.

Die Kollision mit dem deutschen Wettbewerbsrecht brachte die US-Bosse freilich nicht in Verlegenheit. Denn das Mutterunternehmen „US Universal“ im kalifornischen San Rafael konnte aus seinem insgesamt 200 Firmen umfassenden Konzern leicht eine Ersatzfirma an die deutsche Verkaufsfrent schicken.

Der neue Universal-Ableger, der neben Reinigungsartikeln auch ehemalige Holiday-Magic-Kosmetik-Produkte anbietet, arbeitet nach dem gleichen Prinzip wie die seit geraumer Zeit von deutschen Staatsanwälten verfolgten Vertriebsfirmen „Golden Products“ und „Lorimont Enterprises“.

Zur WWP-Masche gehört es, Produkte nicht über angestellte Firmenvertreter, sondern über selbständige Mitarbeiter zu vertreiben, die laut Händler-Handbuch gehalten sind, „alle Handlungen und Darstellungen zu unterlassen, durch die direkt oder indirekt ein Beschäftigungs- oder Vertretungsverhältnis mit der Gesellschaft angedeutet wird“.

Angeworben wurden freie Mitarbeiter durch das Versprechen, mit „Produkten, die sich selbst verkaufen... finanzielle Unabhängigkeit“ zu erlangen. In mehreren deutschen Tageszeitungen erschienen zum Beispiel Anzeigen wie „Sind Sie der Mann, der DM 5000 im Monat verdienen möchte? Keine Vertretertätigkeit“ oder „Unsere Mitarbeiter werden durch Schulung ins Management geführt. Verdienst: DM 3500. Keine Vertretertätigkeit.“

Auf solche und ähnliche Offerten gingen Tausende von Bewerbungsschreiben ein. Die Aspiranten, darunter Arbeiter, Handwerker, Polizisten und Akademiker, bekamen wenig später eine Einladung zu einem sogenannten Erfolgsmeeting. Dort wurde ihnen anhand nicht überprüfbarer Zahlen vorgegaukelt, daß sie bei World Wide Products „ihr Leben von Grund auf ändern können“. Jeder „hart arbeitende“ Mitarbeiter hätte nämlich die Chance, vom „Einzelhändler“ über den „Organisator“ und „Master-Großhändler“ zum „General-Großhändler“ aufzusteigen. Jahreseinkommen „über 100 000 Mark“ seien schon nach „Ablauf von zwölf Monaten“ leicht zu erreichen.

Etwa 2000 Bundesbürger waren von den Verdienstaussichten so beeindruckt, daß sie sich von ihren Geschäftspartnern widerspruchslos eine Art Ein-